



## Editorial

Etwas über zwanzig Jahre hat es gedauert, bis zum ersten Mal ein ostdeutsches Flächenland – Thüringen – eine Arbeitslosenquote ausweist, die mit einem westdeutschen Flächenland – Nordrhein-Westfalen – auf vergleichbarem Niveau liegt: 8,3% im Oktober in Thüringen und 8,2% in Nordrhein-Westfalen. Zugegeben, die Arbeitslosenquoten in den meisten der Neuen Bundesländer liegen noch immer deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt, und sie sind mit Ausnahme von Thüringen und Brandenburg auch immer noch zweistellig. Trotzdem ist diese Entwicklung bemerkenswert. Der Arbeitsmarkt und damit die Beschäftigung haben sich stabilisiert, die Unternehmen haben ihre Marktnischen gefunden und agieren auch teilweise auf internationalen Märkten. Die kleinteilige Struktur der thüringischen bzw. der ostdeutschen Wirtschaft stellt nicht zwangsläufig einen Nachteil dar – weder für die Überlebenschance des Betriebs noch für den Aufbau von Beschäftigung.

Bemerkenswert ist die Dynamik. Zwar hat sich mit Ausnahme von Bremen in allen westdeutschen Bundesländern die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls verringert, aber die Verbesserungen betragen weniger als einen Prozentpunkt. Demgegenüber ragen Thüringen und Brandenburg heraus, wo die Quoten um 1,8 Prozentpunkte (Thüringen) bzw. 1,2 Prozentpunkte (Brandenburg) zurückgingen. Dies zeigt, dass einige Bundesländer im Osten mit denen im Westen in den kommenden Monaten gleichziehen oder sie sogar vereinzelt überholen können.

Unbestritten ist, dass ein beträchtlicher Teil des Arbeitskräfteangebots den regionalen Arbeitsmarkt durch Abwanderung entlastet hat und auch heute noch (netto) entlastet. Ob diese „Entlastung“ aber auch zukünftig noch so wirken oder eher zu einer „Anspannung“ führen wird (Fachkräftebedarfe), ist eine Frage, die in den kommenden Monaten zu einer verstärkten öffentlichen Diskussion führen wird bzw. bereits geführt hat. Zutreffend ist aber auch, dass Arbeitnehmer, die Thüringen verlassen haben, um Arbeit in einem anderen Bundesland aufzunehmen, auch wieder zurückkehren – auch und gerade, weil sich die Arbeitsmarktbedingungen verbessert haben. Zwar ist der Anteil der betreffenden Gruppe an den Beschäftigten noch recht niedrig, aber er zeigt, dass sich die Beschäftigungsperspektiven in den Neuen Bundesländern günstiger gestalten und die Unternehmen auch zukünftig einen Teil ihres Arbeitskräftebedarfs aus einheimischen Potenzialen decken können.

Zwanzig Jahre nach der Deutschen Einheit zeigen sich auch hier die Erfolge einer kontinuierlichen Aufbaupolitik – wobei auch länderspezifische Faktoren ihre Wirkung entfalten.

*Herbert S. Buscher*